

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. des 31. Juli 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark, Postbezugspreis für Monat Juli 3 Mark, Einzelnummer 18 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg. auswärts 20 Pfg. die 20 mm breite Reklameweile 150 Pfg. auswärts 200 Pfg. Übersetzungsgebühr 10 Pfg. Ausw. Nachträge gegen Vorabzahlung.

Dresdner-Adress: Nachrichten Dresden.
 Fernsprecher - Sammelnummer: 25 241.
 Kur für Nachgelassene: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
 Marienstraße 38/40.
 Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
 Postfach - Anis 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unberechtigter Nachdruck wird nicht toleriert.

Die fortschreitende Räumung.

Ein 10-Millionen-Kredit für Handwerk, Kleinindustrie und Einzelhandel im besetzten Gebiet. Linkserfolg bei den französischen Generalratswahlen. — Die bevorstehende Regelung der Schanghaier Schuldfrage.

Der Abzug aus Gelsenkirchen und Bochum.

Berlin, 20. Juli. Zu der von uns bereits kurz gemeldeten Räumung von Gelsenkirchen und Bochum wird genauer noch folgendes mitgeteilt:

Gelsenkirchen ist frei. Am Sonntag früh 6 Uhr wurde die etwa 700 Mann zählende Besatzung, und zwar Teile des 24. Infanterieregiments, sowie die 25. Autokompagnie mit den dazu gehörigen Spezialtruppen, zusammengezogen, um nach ihrem Verladebahnhof Altenessen zu marschieren. Der Abmarsch geschah ohne Zwischenfälle. Die Schulgebäude wurden an die Schulleiter und Hausmeister übergeben. Unverzüglich nach dem Abmarsch der französischen Truppen erfolgte eine Besichtigung der freigebliebenen Quartiere durch Stadtverwaltung und Polizei.

Auch die Räumung Bochums hat am Sonntag begonnen, und zwar wurden Teile des der marokkanischen Division angehörenden 51. Infanterieregiments abtransportiert. Die Truppen sammelten sich in feldmarschmäßiger Aufstellung vor dem Gymnasium und zogen mit klingendem Spiel durch die Straßen der Stadt ihrem Standort Essen zu. Das Verladen der Artillerie hat ebenfalls gestern begonnen. Der Abtransport der übrigen Truppen erfolgte heute früh.

Während Morning Post Churchill's Haltung in der Frage des Flottenbauprogramms tadelt und bemerkt, daß seine Flottenpolitik nicht die Zahl seiner Freunde in der konservativen Partei vermehren werde, erwähnt Daily Mail den Schachspieler, sein Wahlversprechen hinsichtlich der Sparsamkeit zu halten, da die Wählererschaft eine Politik übertrieben rückwärtsgerichtetem Vorgehen nicht unbegrenzt dulden werde. (W. T. B.)

Bochum, 20. Juli. Die französischen Truppen haben heute früh um 7 Uhr die Stadt verlassen. Der Abzug vollzog sich ohne jede Reibung. Damit ist auch die Bochumer Etappe, zu der Witten, Hattingen, Bochum, Herne, Watten-scheid, Recklinghausen und Gelsenkirchen gehören, völlig geräumt. (W. T. B.)

Der Abmarsch aus Osterfeld.

Osterfeld, 20. Juli. Am Montag, 8 Uhr vormittags, gab die Besatzungsbehörde bekannt, daß die Truppenquartiere der deutschen Verwaltung um 9 Uhr übergeben werden. Der Abmarsch wird unmittelbar hinterher erfolgen. Das belagerte Kontingent wird in Duisburg verladen werden.

Witten, 20. Juli. Nachdem gestern schon ein großer Teil der Besatzungstruppen Witten verlassen hatte, ist heute der Rest der Truppen abgerückt. (W. T. B.)

Hattingen, 20. Juli. Die französischen Truppen sind heute morgen abgerückt. Damit ist Hattingen vollständig geräumt. (W. T. B.)

Eine Hilfsaktion für die Kleinbetriebe des besetzten Gebietes.

Berlin, 20. Juli. Auf Grund von Verhandlungen, die im Reichswirtschaftsministerium mit den Beteiligten stattgefunden haben, werden im besetzten Gebiete aus Postcheckgeldern zehn Millionen Mark Kredit zur Neubekleidung und Förderung der handwerklichen und kleinindustriellen Produktionen, sowie auch des Einzelhandels zur Verfügung gestellt. Die Postcheckgelder werden von der Preussischen Staatsbank im Wege des Diskontokredits zum jeweiligen Reichsbankdiskont der Preussischen Zentralnotenbankstelle, der Dresdner Bank (Genossenschaftsabteilung) sowie der Deutschen Girozentrale zunächst auf sechs Monate überwiesen. Diese leiten das Geld wieder an die Kreditgenossenschaften und Sparkassen weiter. Die Verlängerung der Kredite über sechs Monate hinaus ist in Aussicht genommen.

Um die Kredithilfe auch im übrigen wirksam zu gestalten, sollen Darlehen im Höchstbetrage von 3000 M. gegeben werden. Dieser Betrag darf nur in den dringlichsten Fällen überschritten werden. Bei der Weiterleitung der Gelder an die drei genannten Stellen wird die Auflage gemacht werden, daß die Rückkassa zwischen der Preussischen Staatsbank und den letzten Kreditnehmern nicht mehr wie 20 Prozent betragen darf. Im übrigen dürfen auch diese Kredite nur auf gesicherter Grundlage, insbesondere nur an kreditwürdige Personen, gegeben werden. Es sollen deshalb Darlehen auch grundsätzlich nur gegen Wechsel gewährt werden.

Drohender Saarstreik.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Saarbrücken, 20. Juli. Der am Sonntag, dem 19. Juli, in Saarbrücken gemeinsam mit den Revierleitern tagende Sechzehner-Ausschuß der christlich organisierten Saarbergleute erklärte das Angebot von 5 Proz. Vohnerhöhung der Bergwerksdirektion für unannehmbar, weil es weder den tatsächlichen Lohnverhältnissen des Saarbergbaues, noch der seit Januar dieses Jahres in die Erscheinung getretenen Teuerungsbewegung gerecht wird. Bei der Bergwerksdirektion wider Erwarten kein Entgegenkommen, dann ersucht der Sechzehner-Ausschuß die für Sonntag, den 26. Juli, einzuberufende Revierkonferenz, gemäß seiner Stellungnahme und Entscheidung den Streik am 27. Juli zu beschließen. Der Leitung des Reviervereins wird volles Vertrauen ausgesprochen. Die Revierkonferenz des alten Bergarbeiterverbandes hat ähnliches beschlossen.

Berlin, 20. Juli. Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, hat der Großindustrielle W. Schilling den Deutschen Metallarbeiterverband des Saargebietes auf Schadenersatz in Höhe von 250 000 Frank wegen Tarifbruches verklagt.

Das neue Italien.

Von Graf E. v. Sedwitz.

Es ist jetzt eben ein Jahr vergangen, seit der Nord an Matteotti in Italien nicht nur zu einer Krise der herrschenden Partei, sondern auch der Regierung und des italienischen Volkes führte. War es wirklich nur ein Nord, der in Italien damals jene Revolutionsstimmung erzeugte und das Land in neue Unruhe stürzte? Jahrelang hatten die Faschisten ihre Gewalttaten fortgesetzt, ihre Gegner mit allen ihnen geeignet erscheinenden Mitteln niedergekämpft, bis Mussolini mit seinen Schwarzhemden in Rom einzog. Dann sollte der revolutionäre Charakter des Faschismus abgebaut, durch Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit im Lande die Rückkehr zu normalen Verhältnissen vorbereitet werden. Doch die faschistischen Uebergriffe dauerten fort, bis die Ueberfälle auf Rijuri und Ritti und der Mord an Matteotti dem italienischen Volke zeigten, daß kein Gegner der Faschisten mehr seines Lebens und Eigentums sicher sei. Die Bewegung, die damals durch das italienische Volk ging, brachte die Opposition im Lande wie in der Kammer plötzlich in eine außerordentlich günstige Lage, denn die Faschistenherrschaft schien in ihren Grundfesten erschüttert und zur Auflösung reif. Alle, die bisher verängstigt geschwiegen hatten, wagten sich nun wieder hervor, die Demokraten, Liberalen, Sozialisten, Sarden und Republikaner vereinigten sich zu gemeinsamem Vorgehen, und die Blätter der Opposition erlebten Millionenauflagen wie nie zuvor. Doch auch Mussolini erkannte rasch den Vorteil, den ihm die veränderte Lage im Innern gebracht hatte. Die Krise gab ihm Gelegenheit zur Festigung der Parteizugspitze und zur Ausschiffung der unbotmäßigen Elemente, die seine Politik in der Vergangenheit oft genug durchkreuzt hatten, furcht, zu einer in diesem Umfange nie erwarteten Stärkung des Faschismus. Noch mehr: die drohende Gefahr eines Bürgerkrieges ermöglichte die Verbeibehaltung und die Verstärkung der faschistischen Miliz, jener gewaltigen Macht, die dem Faschistenführer den Besitz der Staatsgewalt unbedingt und gegen jeden Gegner sicherte. Die öffentliche Meinung, die vordem die Beseitigung dieses Parteibeeres gefordert hatte, nahm dieses nun aus Furcht vor einem Rückfall in das Chaos der vorfaschistischen Zeit gerne in den Kauf. Handel und Industrie, die an der Aufrechterhaltung des Streikverbotes und der niedrigen italienischen Löhne ein starkes Interesse hatten, rückten die Faschistenregierung mit allen Mitteln, und ebenso der Vatikan, um eine Wiederkehr des liberalen Regimes zu verhindern. So befand sich Mussolini inmitten der tosenden Erregung in absolut sicherer Stellung und konnte ruhig abwarten, bis sich der Sturm ringsum legte, zumal die Opposition über keinerlei reale Machtmittel verfügte. Was hatten die verbündeten Demokraten, Liberalen und Sozialisten der ungeheuren Machtfülle des Faschismus entgegenzusetzen? Nichts als „moralische Mittel“, die bei dieser Sachlage natürlich nur in Worten, d. h. in Reden und Stellungsangriffen, zum Ausdruck kommen konnten. Was aber, wenn Mussolini, getreu seinen bisherigen Methoden, regierungsfremde Aktionen als staatsfeindlich erklärte und dementsprechend behandelte. Trotzdem führte die Opposition, in gefährlicher Verkennung des Kräfteverhältnisses, den unglücklichen Kampf fort und veröffentlichte nach Aufdeckung zahlreicher Skandale aus der faschistischen Parteileitung zu Behauptungen 1924 das Memoire Cesare Rossi, in dem dieser den Ministerpräsidenten der Hauptschuld an der Ermordung Matteottis bezichtigte. Diese Publikation war Mussolini ein willkommenes Anlaß, die Pressefreiheit in Italien endgültig zu beschränken und Farinacci zum Generalsekretär der faschistischen Partei zu ernennen.

Wer nach Mussolinis Kammerrede vom 3. Januar noch daran zweifeln konnte, daß nun der Endkampf zwischen dem Faschismus und seinen Gegnern einsetzte, den mußte das Auftreten dieses Mannes eines Besseren belehren. Farinacci, der wegen seiner radikalen Gesinnung bis dahin in den Reihen seiner eigenen Partei als eine unumgängliche Figur galt, hat aus seinem Haß gegen die Freimaurer niemals ein Hehl gemacht und sich wiederholt gerühmt, unzählige Logenhäuser an der Spitze seiner Getreuen geküßt zu haben. Unmittelbar nach seiner Ernennung wurde der Weichenwurf gegen die geheimen Gesellschaften ausgearbeitet. Farinacci war der erste, der ein Gesetz zur „Reinigung der Bureaucratie“ forderte, der den Ruf „Camorra est delenda“ erhob und auch dann noch wiederholte, als das Haus am Monte Citorio längst ein Scheinparlament geworden war, der eifrigste Vorkämpfer der schrankenlosen Diktatur des Faschismus, die nun Tatsache wurde. Selbstverständlich sind die Gesetze, die in den letzten Wochen in der italienischen Kammer beschlossen wurden, nicht allein auf den Einfluß Farinaccis zurückzuführen, und nicht auf das Konto des Dieners, sondern des Herrn zu legen, aber die Verurteilung dieses Mannes auf den höchsten Posten der faschistischen Partei zeigte deutlich genug, daß Mussolini nun alle Rücksichten und Bedenken über Bord geworfen hat, um sein Endziel zu erreichen: den faschistischen Klassenstaat.

Die hervorragende Stellung, die das Freimaurertum seit 1871 in Italien innehatte, verbannte es seinen Verdiensten um die Befreiung und Einigung des Landes und der besonderen Rolle, die es seither in der inneren und äußeren Politik Italiens spielte. Die besten Köpfe des neuen Italien gehörten dem Orden an, dessen Wegweisung zur Kurie und zu den Dabbbürgern die italienische Politik der letzten Jahrzehnte vielfach entscheidend beeinflusste. Mussolini wußte der Machtstellung der Freimaurer in Italien in den ersten Jahren seiner Tätigkeit genaue Rechnung zu tragen, stützte sich auf sie und ließ sich von ihnen die Brücke bauen zur Macht, bis er am

Die Klärung des Schanghaier Zwischenfalls.

Einigung unter den Großmächten.

London, 20. Juli. In letzter Stunde soll eine Einigung zwischen England, Frankreich, Japan und Amerika hinsichtlich der Behandlung der chinesischen Frage erfolgt sein. England habe sich damit einverstanden erklärt, daß eine Anzahl unparteiischer Richter beauftragt werde, festzustellen, wer an den blutigen Zwischenfällen in Schanghai Ende Mai die Schuld trage. Dieser Gerichtshof soll in öffentlichen Verhandlungen insbesondere das Verhalten der englischen Stadtpolizei prüfen.

Amerika soll sich damit einverstanden erklärt haben, daß die Zoll- und die Juristenkonferenzen beauftragt werden, die extraterritorialen Rechte der Ausländer in China abzubauen. Beide sollen in einer angemessenen Zeit in China zusammentreten.

Englische Schiffe von Chinesen beschossen.

Schanghai, 20. Juli. (Kontor.) Zwei von britischen Kriegsschiffen begleitete Dampfer sind in Uchow (Schewan) eingetroffen. Sie hatten Ausländer an Bord, die von Tschengtu nach anderen Teilen von Schewan gebracht werden sollten. Die Schiffe wurden von chinesischen Truppen beschossen. Die britischen Kriegsschiffe erwiderten das Feuer. Auf britischer Seite sind keine Verluste zu verzeichnen. (W. T. B.)

Die Kinderarbeit in den Schanghaier Fabriken.

London, 20. Juli. Der englische Verband der Freunde Chinas veröffentlicht in „Daily Telegraph“ Angaben über die Verschlingung der chinesischen Bevölkerung gegen die Fremdberrschaft in Schanghai. Er gibt eine Arbeiterstatistik, wonach von den Arbeitskräften, die von der Textilindustrie in Schanghai angestellt sind, in chinesischen Fabriken 13 Prozent der Arbeiter Kinder unter 12 Jahren sind, in amerikanischen Fabriken 16 Prozent, in englischen 17 Prozent, in italienischen 16 und in französischen Fabriken 47 Prozent.

In der größten englischen Textilfabrik, die 3800 Arbeiter in zwei Schichten nur bei einer Tag- und Nachtshift von 12 Stunden beschäftigt, seien 700 Jungen und Mädchen unter 12 Jahren. Der Verband teilt ferner mit, daß im chinesischen

Bezirk von Schanghai etwa 1 Million Menschen leben, im ausländischen Bezirk von Schanghai unter dem ausländischen Stadtrat leben 27 000 Ausländer und 930 000 Chinesen.

Amerikas riesige Aufrüstungen.

London, 20. Juli. Die „Morning Post“ meldet aus Washington: Am Sonnabend hat das Staatsdepartement die neue Luftflottenvorlage verabschiedet. Amerika wird dadurch die größte Luftflottenmacht der Welt. 117 Geschwader werden innerhalb Jahresfrist neu gebaut, 15 davon werden auf den Philippinen konzentriert.

Ein neuer Zwischenfall zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten.

New York, 19. Juli. Nach einer Sondermeldung des „New York Herald“ aus Washington ist der amerikanische Vizekonsul Bretherton in Aguas Calientes, Mexiko, von einem unbekanntem Angreifer durch einen Schuß in den Rücken verletzt worden. Das Staatsdepartement erwartet von der amerikanischen Botschaft in Mexiko einen Bericht. Eine strenge Untersuchung sei eingeleitet worden.

Schwerer Unfall

bei einem japanischen Flottenmanöver.

London, 20. Juli. Wie aus Kuro (Japan) gemeldet wird, sind bei den Manövern in der Wingo-Bucht Sonnabend nacht die Zerstörer „Tsuta“ und „Hagi“ zusammengestoßen, wobei der letztere schwer beschädigt wurde. (W. T. B.)

Der Lissaboner Aufruhr schon unterdrückt?

London, 20. Juli. Nach einer Meldung aus Lissabon ist der Militäraufstand von der Regierung vollkommen unterdrückt worden. Es war den Führern der Aufständischen gelungen, in einer Kaserne der Vorstadt einige hundert Infanteristen für sich zu gewinnen. Die Regierung hatte sofort den Ausnahmezustand proklamiert und die Kaserne umzingeln lassen. Den Aufständischen wurde ein Ultimatum gestellt und nach dessen Ablauf ein paar Kanonenschüsse gegen die Kaserne abgefeuert, worauf sich die Aufständischen nach kurzem Kampfe unterwarfen. Es gab nur einige Verletzte, keine Toten.